

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 9. Juli 1931

Nummer 134

Gemeinden zahlen keine Unterstüfung mehr

Und immer mehr Arbeiter werden angesteuert

Arbeitsdienstpflicht für Beteiligte / Mittel zum Reichserntedankfest am 15. Juli!

Wannheim, 8. Juli.

Die Not der Gemeinden hat in den zum Einnehmerebezirk Binnweiler gehörenden Orten katastrophale Ausmaße angenommen. Die Hälfte der Gemeinden sah sich gezwungen, wegen Fehlens jeglicher Geldmittel die Zahlungen einzustellen. Weber sind die Mittel für die zahlreichen Ausgesteuerten und deren Angehörige vorhanden, noch konnten den Gemeindebeamten und Arbeitern die fälligen Löhne ausgezahlt werden. Auch in Mitteldeutschland haben eine Reihe Gemeinden die Zahlungen an die Wohlfahrtsempfänger eingestellt. Auch in einigen Gemeinden Sachsens werden Maßnahmen dieser Art erwogen.

Dresden, 9. Juli 1931

Aus dem neuesten Bericht des Arbeitsamtes ist zu ersehen, daß die Zahl aller gemeldeten (!) Erwerbslosen in Sachsen am



Kein Geld — Hunger — der Ausweg: kämpfen!

30. Juni 509 687 betrug, also gegen 15. Juni nicht wesentlich verändertes (1 Prozent geringer) ist. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen Sachsens ist in dieser Zeit von 231 519 auf 233 490 gestiegen. Es sind also allein in den letzten Juniwochen rund 2000 Männer und Frauen angesteuert worden. Für alle Erwerbslosen sollen am 15. Juli die schweren Kürzungen der Unterstüfung durch die Notverordnung in Kraft treten.

Am 31. Mai wurden in Berlin 155 282 Wohlfahrtserwerbslose gezählt. Bis zum 30. Juni stieg die Zahl der Angesteuerten auf 169 625. Dennoch sind also in Berlin in der Zeit von 1. Februar nicht weniger als 5 243 Männer und Frauen aus der Unterstüfung ausgespart worden.

Berlin, 9. Juli 1931 (Sig. Bericht)

Auf Vorschlag des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Schnap, fand am Dienstag eine Konferenz aller beteiligten Spitzenverbände über den Arbeitsdienst statt. Ausführlich erklärte Dr. Schnap, daß die Gelder aus der Arbeitslosenversicherung mit verwendet werden sollen zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und zwar in der Form, daß die Arbeitsdienstpflichtigen als Entlohnung den üblichen Unterstüfungssatz erhalten. Also keine teilsweise Bezahlung, sondern jämmerliche Unterstüfungspennie, auf die die Erwerbslosen sowieso Anspruch hätten. Aber jetzt ist deutlich der Sinn der ganzen „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht. Hunderttausende Arbeitslose, besonders Jugendliche, erhalten keinerlei Unterstüfung mehr; sie sollen gezwungen werden, um nur ein paar Pfennige zu erhalten, in die „freiwillige“ Armee des Arbeitsdienstes zu marschieren. Das ist in Wirklichkeit schlimmste Sklavenarbeit. Die sozialdemokratischen Bonzen hatten sich zu den Ausführungen des Dr. Schnap beifällig und erklärten sich im wesentlichen einverstanden.

Nur die KPD zeigt den Weg. Für Freitag 3. B., wo man hinter der sozialdemokratisch-bürgerlichen Methoden und trotz der Bezeichnung der Massen am Ende des Latzins ist und die Verhöhnung mit Dresden erlangen wird, hat jetzt die KPD Protesten von Arbeit und die von Dresden gemeinsam zu der Lage Stellung genommen und unter Ablehnung der Bürger- und Reichsrat ihren Kampfplan wiederholt:

1. a) Durchführung eines Wohnungsprogramms zum Bau von Arbeiterwohnungen, Mietspreissenkung nach der sozialen Lage des Mieters. (Für Dresden 8000 Wohnungen, für Weitzel 700.)
- b) Neu- und Erweiterungsbau der Dresdner Volkshäuser in Weitzel, Neubau der Festungsschule und Ausbau der bestehenden Volkshäuser.
- c) Erneuerung des Wasserleitungssystems und Durchführung der Kanalisation in Weitzel.
2. Die unter 1. genannten Arbeiten werden durchgeführt im freien Arbeitsverhältnis (keine Pflichtarbeit), 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich.
3. Zur Finanzierung obgenannter Arbeiten wird
 - a) eine Wohnungszulagensteuer für alle Wohnungen über 1000 Mark und ohne Rechenzweck, gesteuert von 25 bis 100 Prozent, eingeführt.
 - b) alle Mittel für Polizei, Bürgerliche, sozialistische De-

ganisationen und Veranstaltungen und Theater werden gestrichen.

c) Kürzung aller Gehälter auf 500 Mark monatlich.

In der Vorbereitung des 15. Juli, des Kampftages gegen die Erwerbslosigkeit und den Unterstüfungsrab, gilt es gleichzeitig den Kampf gegen die Arbeitsdienstpflichtpläne der Unternehmer- und Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren.

Die KPD zeigt den Weg der bürgerlich-sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Politik der Verpöndung der deutschen Wirtschaft, der Abwägung der Auswirkungen der Krise und der gewaltigen Zinsenlasten auf die Massen in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung, den Weg: Volkshilfe für Arbeit, Brot und Freiheit, Ermöglichung eines freien sozialistischen Vaterlands.

Retter oder Lohnräuber?

Die 500-Millionen-Garantie des Monopolkapitals

Neue „hochherzige Retter Deutschlands“ sind auf den Plan getreten. Sie werden in der kapitalistischen Presse in den höchsten Tönen gefeiert. Etwa tausend große Firmen unter Führung der Großbanken und solcher Kleinunternehmen, wie Klocknerwerke, Vereinigte Stahlwerke, A.G., Siemens, Rheinische A.G. für Braunkohlenbergbau (10 Prozent Dividende im Notjahr 1931), haben der Gold-Diskont-Bank eine Ausfallbürgschaft von 500 Millionen Mark zum Zwecke der Beschaffung neuer ausländischer Kredite angeboten. Durch diese Gesamtbürgschaft der großen Unternehmungen soll erreicht werden, daß der Abfluß ausländischer Kredite gestoppt wird. Die Gold-Diskont-Bank soll mit den ausländischen Notenbanken eine Vereinbarung abschließen versuchen, daß auch die ausländischen Notenbanken durch Einwirkung auf die politischen Regierungen den Abzug der Kredite aus Deutschland hemmen sollen. Durch die Ausfallbürgschaft soll das Vertrauen der ausländischen Geldgeber gehoben, ein neuer Zustrom von Krediten herbeigeführt und so „die Wirtschaft belebt“ werden.

Aber abgesehen davon, daß es noch gar nicht gesagt ist, daß die angebotene Verpfändung deutscher Werte (soweit sie noch nicht verpfändet sind) wirklich einen erheblichen neuen Zustrom ausländischer Kredite zur Folge haben wird, abgesehen davon, daß in keinem Fall für die Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit

Neue Kursstürze auf der Börse

Die Börse wurde von der Ausfallbürgschaft der 1000 deutschen Großunternehmen für den 500-Millionen-Mark-Kredit und beeinträchtigt und reagierte mit Kursrückgang und neuen Kursstürzen. Die Berliner Börsenzeitung schreibt von „schweren Rückschlägen“, Maschinen- und Metallwerte, Elektro-, Chemie- und Bauwerte fielen, auch Textil-, Brauerei-, Warenhaus-, Großhandels- und Schiffahrtswerte sanken, Kohlen- sowie Papier-Werte verloren. Der Dresdner Anzeiger verzeichnet für die Dresdner Börse: Starke Nervosität. Bei härtester Zurückhaltung neigten die Kurse eher nach unten. Die Börsensüchje wissen natürlich genau Bescheid über die „Hoover-Jonnie“ und die „Kettungsaktion“ der 1000 Unternehmen mit über 5 Millionen Mark Betriebsvermögen, die laut der getriggerten Notverordnung für den 500-Millionen-Mark-Kredit „mithaften“. Die Börsensüchje lassen sich nicht täuschen. Nur die Maj-

Diese Tatsachen stellen z. B. den getriggerten neuen Täuschungsversuch der Volksgeldung ins richtige Licht. Da schreibt Gröschl einen Leitartikel, betitelt „Der Rettungsgürtel“, er preist den Hoover-Schwanzel als „Erfolg sozialistischer Forderungen und internationalen sozialistischen Wirkens“ und appelliert ausgebreitet an Brünning, die Notverordnung zu „mildern“. Eine Heuchelei ohnegleichen und eine dumme dazu, angesichts dessen, daß die Notverordnung bereits in voller Auswirkung ist, daß

am 13. Juli die Kürzung der Erwerbslosenunterstüfung erfolgen soll, daß die Unternehmung noch 20 Prozent Lohn- und Gehaltsabbau durchführen wollen, daß die Gemeinden die Zahlungen an die Familien der Armen einzustellen im Begriffe sind, daß in Kürze durch Diktat der Gemeindekammer für Dresden die Bürgersteuer auf 450 Prozent erhöht und die Hilfsgeldgeber um 6,5 Millionen Mark abgebaut werden sollen.

Mit der KPD für die soziale und nationale Befreiung!

Extronprinz beim Kavallerietag Dresden

„Frühher Kettergeist“ für den nächsten Krieg / Reichswehr mit dabei / SPD-Blatt schweig!

Die Reaktion und die Kriegstreiber Dresdens und Sachsens rufen eifrig zum chauvinistischen „Waffentag der Kavallerie in Dresden vom 11. bis 13. Juli“. In ihrer Mitteilung, daß die Reichswehr mit den Faschisten und Konaristiken mitmarschieren soll, hat sich bestätigt. Der Extronprinz will ebenfalls kommen und nur, wenn das außenpolitisch im Moment nicht ratsam erscheint, einen Vertreter senden. Der Charakter dieses Waffentages wird rechtlos enthüllt durch einen Artikel in den deutschnationalen Dresdner Nachrichten von heute, in dem mitgeteilt wird, daß nicht nur die alten Kavalleristen, sondern mit ihnen auch die ländlichen Kettervereine, also diese sozialistischen Ketterbünde nach Dresden kommen und daß das Treffen kein fest, keine Feier, sondern eine ernste vaterländische Kundgebung ist. So heißt dann am Schluß:

„Jeder Bewegungskrieg erfordert rasches Auftreten von Truppen am empfindlichen Punkt. Nach der Ansicht im- und ausländischer Heerführer wird die Bedeutung der Ketterwaffe durch die Maschine nicht etwa vermindert, sondern wesentlich erhöht. Darin liegt die Zukunft der Kavallerie. . . Zeigen sich der Waffentag, das Treffen alter Kavalleristen und der Aufmarsch der Jungketter, daß der frische Kettergeist lebt und leben wird.“

Der „Waffentag der Kavallerie“ dient also eingebundenem Zweck der Züchtung des „frischen Kettergeistes“ der Kavallerie für den Bewegungskrieg der Zukunft, der Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges. Daß die alten bürgerlichen Blätter

Dresdens den Kavallerietag unterstützen, ist selbstverständlich. Charakteristisch ist, daß auch die Volkszeitung nicht gegen diesen Waffentag vorgeht; sie ist in Wahrheit für ihn und legt damit nur ihre kriegerisch-sozialistische Tradition von 1914/18 fort. Die Volkszeitung begeißelte sich z. B. am 8. Oktober 1914 über den „Wundermörder“ von Antwerpen (Tagebuch eines Feldwebels) wie folgt:

Dresdner Volkszeitung

8. Oktober 1914

„Man kann sich nicht losreißen von dem seltsamen Bild. . . Das einzige hörbare Geräusch ist das metallische Krachen unserer Artillerie. Die

benedenswerte Artilleriehauptleute unseres Stabes müssen eine

unvergleichliche Kuojsicht

haben. . . Zu beiden Seiten Infanterie und das Feldherr der durchsahrenden Dörfer steht kumm Spalier und blüht freude strahlend und stolz

auf den Sieger von Völkisch, von Ramur, auf unseren (!) Wundermörder. Keiner zweifelt, daß er es auch hier schaffen wird.“

Heute 20 Uhr im Ausstellungspalast (Stellplätze im Inneren d. Blattes) Bässler, bisher NSDAP u. Fein bisher SAJ-Wien